

öffentlich  nicht öffentlich

**SPD**  
**Ratsfraktion Düsseldorf**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Ratsfraktion Düsseldorf**

Düsseldorf, den 26.10.2010

An  
Herrn Oberbürgermeister  
Dirk Elbers

Antrag der Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:  
**hier: Stadt und Land - gemeinsam für beste Rahmenbedingungen bei der frühkindlichen Bildung in Düsseldorf**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Elbers,

die Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 4. November 2010 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf begrüßt

- die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zur Mitfinanzierung des U3 Ausbaus durch das Land;
- die Absicht der Landesregierung, kurzfristig 150 Millionen Euro für den Ausbau von U3 Plätzen über den Nachtragshaushalt 2010 zur Verfügung zu stellen und fordert die Landtagsfraktionen auf, diesem Vorhaben zuzustimmen;
- die Initiative der Familienministerin, das Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) einer Grundrevision zu unterziehen, sein Finanzierungssystem zu überprüfen und anzupassen und die Betreuungszeiten auszubauen.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf fordert die Bundesregierung auf, einen höheren Finanzierungsanteil des Bundes für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich bereitzustellen und damit die u. a. vom Deutschen Städtetag kritisierten Beschlüsse des so genannten „Krippengipfels“ zu korrigieren.

Darüber hinaus bittet der Rat den Oberbürgermeister und den Personaldezernenten, sich über die kommunalen Arbeitgeberverbände für eine leistungsgerechte Eingruppierung der Erzieherinnen und Erzieher einzusetzen.

#### **Sachdarstellung:**

Mit der Entscheidung zum Kinderbildungsgesetz hat der Verfassungsgerichtshof der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung erneut bestätigt, dass sie die Kommunen jahrelang finanziell überfordert hat. Das Konnexitätsprinzip, „nach dem der die Musik bezahlt, der sie bestellt“ ist auch bei der U3 Betreuung von der alten Landesregierung außer Acht gelas-

sen worden. Insbesondere der im Jahr 2013 von den Kommunen zu erfüllende Rechtsanspruch ist nach Auffassung des Gerichts eine neue Aufgabe bzw. eine Veränderung der bestehenden Aufgabe.

Die neue Landesregierung wird sich jetzt dieser enormen finanziellen Herausforderung stellen. So sollen noch in diesem Jahr den Kommunen 150 Millionen Euro Soforthilfe für den Ausbau von U3 Plätzen bereitgestellt werden und das Familienministerium hat das erforderliche Beteiligungsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden eingeleitet. Dabei geht es aber nicht nur um den U3-Ausbau, sondern auch um eine generelle Reform des Kibiz. So besteht beispielsweise dringender Korrekturbedarf bei den Betreuungszeiten, denn die von der Vorgängerregierung forcierte 25-Stunden-Betreuung in der Kita entspricht bei weitem nicht dem Bedarf der Eltern, das haben die Anmeldezahlen in den letzten Jahren, auch in Düsseldorf, deutlich gemacht. Der Trend in Kita und Schule geht eindeutig weiter in Richtung Ganztagsbetreuung. Dem tragen auch die Vorschläge der Schulministerin Rechnung, die mit dem Nachtragshaushalt noch in 2010 die Fördersätze für die Offene Ganztagschule im Primarbereich sowie die Betreuungspauschalen für Grund- und Förderschulen erhöhen will.

Für eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung brauchen wir aber auch gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal. Deshalb bitten wir den Oberbürgermeister sowie den Personaldezernenten, sich bei den kommunalen Arbeitgeberverbänden für eine adäquate Eingruppierung der Erzieherinnen und Erzieher einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Iris Bellstedt

Günter Karen-Jungen

Für die Richtigkeit

Jochen Wirtz

Miriam Koch

**Beratungsfolge:**

Gremium	Sitzungsdatum
Rat	04.11.2010

1) Die Sitzung wurde zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Vorlage noch nicht geplant.

2) Das Beratungsergebnis wurde zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Vorlage noch nicht erfasst.

Anlagen:  beigefügt  nicht vorhanden